Ä42 EU Außenpolitik - Eine Union für den Frieden (NEU)

Antragsteller*in: Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 171 bis 191:
Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker die Werte, die die Union ausmachen sollten, auch eingehalten werden.

Die Interventions- und Regime-Change-Politik der letzten zwei Jahrzehnte im Nahen Osten und anderswo widersprechen diesem Wertefundament und haben millionenfaches Leid verursacht sowie neue, gefährliche Konflikte geschaffen.

Wenn wir unserer Verantwortung für eine friedliche europäische Außenpolitik gerecht werden wollen, müssen wir uns kritisch fragen, ob unsere demokratischen Werte zur Durchsetzung geopolitischer Interessen missbraucht worden sind. Ein Regime-Change mit friedlichenrepressiven, nicht-militärischen Mitteln ist immer noch ein Regime-Change – er dient den gleichen Interessen, und missachtet in gleicher Weise die Interessen der Zivilbevölkerung, die nicht nur im Krieg, sondern auch in einer durch Sanktionen zerrütteten Wirtschaft die größten Opfer zu bringen hat. Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit sind Grundpfeiler des demokratischen Europa und nur sie können Basis der Förderung demokratischer Entwicklungen anderswo auf der Welt sein.

~~Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker die Werte, die die Union ausmachen sollten, auch eingehalten werden. Und zur Zeit gibt es leider Vieles, was diesem Wertefundament nicht entspricht. Allen voran eine Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung, die Verlegung von Außengrenzen in Drittstaaten und dreckigen Deals mit Diktatoren setzt. Diese aggressive Politik setzt nicht nur an der falschen Stelle an und bringt unendliches Leid mitsich, sie schadet auch der außenpolitischen Glaubwürdigkeit und damit einer der vermeindlichen Stärken der EU.~~

~~Es liegt im Interesse der Europäischen Union und im Interesse von Geflüchteten und Migrant*innen, dass es die Lebensperspektiven auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten besser werden. Die kurzfristig angelegte neue Kooperation mit Diktatoren zur 'Flüchtlingsbekämpfung' ist nicht nur menschlich falsch, sie läuft auch dem langfristigen Ziel zuwider. Statt sie mit dem Aufhalten von Geflüchteten zu beschäftigen, dürfen autoritäre Regime nicht weiter unterstützt werden, denn diese treiben Menschen zu Flucht.~~

~~Wir Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine starke EU-Außenpolitik. Eine, die auf die das geflügelte Wort der Wertegemeinschaft ernst nimmt und auch in diese zum Maßstab der Beziehungen nach Außen macht.~~

Es liegt im Interesse der Bevölkerung vor Ort, von Geflüchteten und Migrant*innen, dass die Lebensperspektiven auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten besser werden. In diesem Sinne unterstützen wir politische Ansätze, die unmittelbar zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesen Ländern beitragen. Wir begrüßen jeden Schritt zum Frieden. Wir setzen uns für die Beilegung der bestehenden Konflikte auf dem Verhandlungsweg und die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen ein. Neuen Regime-Change Ambitionen in Nahost erteilen wir eine klare Absage.

Für uns ist im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit die Charta der Vereinten Nationen das höchste Gut im Völkerrecht. Wir respektieren die Souveränität anderer Staaten und den Willen anderer Volkssouveräne.

Wir wollen den Weg gehen, den Menschen wie Michail Gorbatschow oder Olof Palme für Europa aufzeigten: Den Weg der Völkerverständigung, der Kooperation, des Interessenausgleichs, der gemeinsamen Verantwortung – den Weg zum gemeinsamen Haus Europa.

Begründung

Wenn wir Werte glaubwürdig vertreten Wollen, müssen wir auch benennen, wenn gegen diese Werte verstossen wird. Die Syrien-Verhandlungen in Genf waren jahrelang durch das Beharren auf einem Regime-Change blockiert. Das ein solcher angestrebt wurde, ist aus mittlerweile freigegebenen Dokumenten eindeutig belegbar, z.B. http://www.judicialwatch.org/wp-content/uploads/2015/05/Pg.-291-Pgs.-287-293-JW-v-DOD-and-State-14-812-DOD-Release-2015-04-10-final-version11.pdf.

Bolton hat letztes Jahr den Regime-Change im Iran ausgerufen, und das wird jetzt durchgezogen, vgl. den Iran-Report der Böll-Sriftung oder das Interview mit Bahman Nirumand im Tagesspiegel: https://www.tagesspiegel.de/politik/iran-experte-bahman-nirumand-es-wird-eine-kettenreaktion-geben/21262686.html

Wenn wir zu solchen Vorgängen schweigen oder gar noch ins selbe Horn stossen, machen wir uns mitschuldig an den Bergen von Toten. Auch die Folgen von Sanktionen mit den vielen Opfern kennen wir spätestens seit dem Irak, wir können uns nicht darauf berufen, das nicht zu wissen.